Rhedder Volkszeitung

Bezugspreis: 2,55 Mk. monatlich.

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt

Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeister-Ämtern und Ämtern des Kreises Borken.

Organ der Zentrumspartei

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolfing. Werth: Th. Parras.

Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 21

Mittwoch, den 21. Januar 1931

Jahrgang 1931

Tagesfragen.

Ordre parieren! Die nationalsozialistischen Mitglieder des Strafrechtsausschusses des Reichstages sind zu dessen erster Sitzung nicht erschienen. Sie haben für ihr Fernbleiben dann eine Erklärung veröffentlicht. Als Beauftragter der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion hat einige Stunden später der Abg. Stöhr eine andere Erklärung abgegeben, die sich in keinem Punkte mit der ersten Erklärung, der als nichtamtlich bezeichneten, deckt. Was folgt daraus? Die nationalsozialistischen Ausschußmitglieder haben von einer übergeordneten Parteiinstanz den Befehl bekommen, nicht an der Sitzung teilzunehmen. Eine Begründung des Befehls ist ihnen nicht bekannt gegeben worden. Sie hatten, ohne zu fragen, Ordre zu parieren, und das haben sie prompt getan. Gefragt, warum sie nicht erschienen seien, haben sie sich eine Erklärung zurechtgeschustert, die dann hinterher von Stöhr als offenbar zu blöde empfunden worden ist. Er hat dann die „amtliche" Erklärung folgen lassen. Man kann hieraus entnehmen, was für Marionetten die Wähler, die am 14. September sich für das Hakenkreuz entschieden haben, in den Reichstag gewählt haben. Daß durch Kadavergehorsam selbständiges Denkvermögen, das man bei jedem Reichstagsabgeordneten wenigstens bis zu einem gewissen Grade voraussetzt, auf politischem Gebiet zum Heile des deutschen Volkes ersetzt werden kann, erscheint uns zweifelhaft.

★

Volksbegehren oder nicht? Der Deutung der Magdeburger Rede des Stahlhelmbundesführers Seldte, daß sie eine Abblasung des angekündigten Volksbegehrens betreffs Auflösung des Preußischen Landtages bedeute, wird vom Bundesamt des Stahlhelms widersprochen. Es könne nicht der Zweck solcher politischen Reden sein, längst bekannte und feststehende Tatsachen immer aufs neue zu wiederholen. Wenn Seldte auf die Frage des Volksbegehrens nicht ausdrücklich eingegangen sei, so liege der Grund dafür in dem Umstand, daß erst vor wenigen Wochen eine offizielle Verlautbarung des Bundesvorstandes zu dieser Frage bekanntgegeben worden sei. Diese Verlautbarung hätte auch heute noch volle Gültigkeit. Hierzu bemerkt die über die Verhandlungen des Stahlhelms „mit den andern nationalen Gruppen und Parteien" anscheinend gut informierte „Kölnische Zeitung":

„Formal ist es natürlich richtig, daß der ursprüngliche Beschluß des Bundesvorstandes bislang nicht aufgehoben worden ist, ebenso steht jedoch fest, daß die seit Wochen mit der Deutschnationalen Partei, den Nationalsozialisten und andern Organisationen geführten Verhandlungen bislang zu keinem Ergebnis gelangt sind, und daß namentlich die Deutschnationalen im gegenwärtigen Augenblick die Veranstaltung eines Volksbegehrens in Preußen für wenig zweckmäßig halten. Da die Durchführung des Kampfes um Preußen auf diesem Wege — von der Einbringung des Volksbegehrens bis zum Volksentscheid — nach den gegenwärtigen Bestimmungen aber mindestens ein halbes Jahr in Anspruch nimmt, rückt, wenn das Volksbegehren nicht bald eingebracht wird, auch der Augenblick immer näher, wo der Volksentscheid mit den Landtagswahlen zeitlich etwa zusammenfallen würde. Deshalb ist es sehr wahrscheinlich, daß zwar der Gedanke des Volksbegehrens aus Prestigegründen wachgehalten wird, daß man aber an seine praktische Verwirklichung in der Tat nicht mehr denkt."

Hiernach wären Seldtes Nichterwähnung des Volksbegehrens und seine Bemerkungen über die politischen Entscheidungen in den Jahren 1931 und 1932 von uns trotz der Gegenerklärung des Bundesamts des Stahlhelms gestern durchaus richtig gedeutet worden.

★

Indiens zukünftige Verfassung. Die Londoner Konferenz am Runden Tisch, in der vom 8. November ab mit den ausgewählten Vertretern Indiens über die künftige Verfassung dieses großen britischen Kronlandes verhandelt wurde, ist am Montag zu Ende gegangen. Nach der Schlußrede des Premierministers Macdonald soll Indien eine selbstverantwortliche Regierung bekommen, und zwar soll die Verantwortung auf dem Bundesparlament und auf den Provinzparlamenten beruhen. Dabei ist eine Reihe von Sicherheitsmaßnahmen vorgesehen, die sich unter anderm auch auf den Schutz der politischen Freiheiten und der Rechte der Minderheiten erstrecken sollen. Diese Schutzmaßnahmen sollen aber so beschaffen sein und so ausgeübt werden, daß sie den Weg zur vollen Selbstverantwortlichkeit Indiens nicht hindern. Die genaue Ausarbeitung wird weitern Verhandlungen überlassen. Die Grundlage bildet ein allindischer Bund, der sowohl die indischen Fürstenstaaten wie Britisch-Indien in einem Parlament umfaßt, das aus zwei Kammern besteht. Die genaue Form der neuen Bundesregierung soll auf Grund weiterer Erörterungen festgelegt werden. Die Fürstenstaaten behalten dabei das Recht, daß alle diejenigen Angelegenheiten, die sie nicht dem Bund überlassen, unmittelbar mit der Krone durch den Vizekönig geregelt werden. Die Fürsten können also die von ihnen so sorgsam gehüteten Sonderrechte beibehalten. Die Minister des Bundesparlaments werden dem Parlament verantwortlich sein. Dem Vizekönig vorbehalten bleiben nur das Heereswesen und die auswärtigen Angelegenheiten. Ferner soll er in der Lage sein, falls die öffentliche Ruhe und Sicherheit innerhalb des Staates gefährdet ist, Notstandsmaßnahmen zu treffen. Ebenso soll er verantwortlich sein für die Beachtung der verfassungsmäßigen Rechte der Minderheiten, wozu ihm die nötigen Machtmittel gewährt werden. Die Uebertragung des Finanzwesens an das Parlament wird davon abhängig gemacht, daß Indien seinen finanziellen Verpflichtungen nachkommt und daß die finanzielle Sicherheit und der Kredit Indiens keinen Schaden leiden. Unter diesen Vorbehalten soll die indische Regierung volle finanzielle Verantwortlichkeit für die Erhebung der Steuern und für die Ausgaben bekommen, die nicht die dem Vizekönig vorbehaltenen Ressorts betreffen. Die verantwortlichen Minister sollen auch wirklich die ganze Verantwortung tragen, und sie sollen nicht die Möglichkeit haben, sich bei etwaigen Schwierigkeiten hinter den Vizekönig zu verstecken. Wie das Bundesparlament, sollen auch die Provinzparlamente auf der Grundlage der vollen Verantwortlichkeit gebildet werden. Auch ihre Minister sollen aus ihnen hervorgehen und ihnen in ihrer Gesamtheit als Kabinett verantwortlich sein. Dabei sollen die Bundesstaaten gegenüber dem Bundesparlament nicht zu sehr eingeschränkt werden. Der Provinzgouverneur soll nur ein Mindestmaß von Sonderbefugnissen bekommen, um in sehr dringenden Fällen die öffentliche Ruhe aufrechtzuerhalten. Bei dem Wahlrecht, das auf eine breitere und freiere Grundlage gestellt werden soll, werden den Minderheiten ausreichende Vertretungen versprochen. Die Regierung überläßt es den Indern selbst, unter sich zu einem Uebereinkommen in der Minderheitenfrage zu gelangen, die in London nicht geregelt werden konnte. Sie bietet dabei ihre guten Dienste zur Lösung dieser schwierigen Aufgabe an. Indien soll also künftig, wie es die Fürsten gewollt haben, seiner inneren Verfassung nach ein Föderativstaat werden. Dagegen bekommt es innerhalb des britischen Reiches noch nicht die Selbständigkeit der Dominien. Diese regeln bekanntlich ihre Angelegenheiten vollständig selbständig und fühlen sich mit Großbritannien lediglich durch die Krone verbunden. Es ist kaum anzunehmen, daß sich die indischen Politiker, die zur Zeit wie seit Jahren die Politik des zivilen Widerstandes betreiben, also vor allem Ghandi und seine Anhänger, mit dem Ergebnis der Konferenz einverstanden erklären. Denn ihnen geht ja das noch nicht erreichte, sondern erst in ferne Aussicht gestellte Dominionstatut, wie es Kanada, Irland, Australien, Neuseeland und Südafrika haben, nicht einmal weit genug. Sie fordern vielmehr die Loslösung Indiens mit seiner Bevölkerung von über 300 Millionen Menschen aus dem Verbande des Imperiums. Diese Forderung aber ist für die britische Regierung ganz indiskutabel. Die indischen Vertreter, die an der Konferenz teilgenommen haben, haben sich über ihr Ergebnis befriedigt erklärt. Man wird abwarten müssen, ob in Indien selbst wenigstens in den Teilen des Landes und bei der Bevölkerung, für die sie zu sprechen vermochten, die gleiche Befriedigung herrscht. Immerhin verdient Aufmerksamkeit, wie geschickt es Macdonald verstanden hat, die Konferenz zu einem positiven Abschluß zu führen, der selbst bei den Konservativen keinen Widerspruch zu finden scheint.

Ein schweres Lawinenunglück.

Eine Mannschaft der bayrischen Landespolizei verschüttet.

)(**Benediktbeuren, 20. Januar.**

Heute nachmittag kurz nach 3 Uhr ereignete sich an der Ostseite der Benediktenwand ein furchtbares Lawinenunglück. Ein Skikurs der bayrischen Landespolizei wurde von einer Lawine überrascht und neun Mann wurden in die Tiefe gerissen. Durch die sofort einsetzenden Bergungsarbeiten konnte bis jetzt nur ein Mann bewußtlos geborgen werden. Die übrigen acht sind noch verschüttet und es kann kaum noch mit ihrer Rettung gerechnet werden. Auf sofortigen Alarm gingen von Benediktbeuren und Bad Tölz Mannschaften des Alpinen Rettungsdienstes zur Hilfeleistung ab. Auch aus München ist eine Rettungsexpedition, bestehend aus zwei Offizieren, einem Arzt und 30 Mann, in Kraftwagen an die Unfallstelle abgefahren.

Wir erfahren noch folgende weitere Einzelheiten: Auf der der Landespolizei gehörenden Probsten-Alm sind z. Zt. verschiedene Mannschaften der Landespolizei stationiert, die im dortigen Gebiet unter der Leitung eines eigenen Lehrers an einem Skikurs teilnehmen. Heute nachmittag 13,15 Uhr übten die Kursteilnehmer an einem Steilhang zwischen dem Benediktenwandostgrat und den Achselköpfen, als sich plötzlich eine gewaltige Lawine löste und neun Mann mit sich in die Tiefe riß. Der Hüttenwirt der Landespolizei beobachtete mit einigen in der Hütte verbliebenen Mannschaften das Unglück und sofort eilte ein Meldefahrer nach der 20 Minuten entfernten Tutzinger Hütte, um telefonisch Hilfe zu erbitten. Wegen der stark vereisten Wege konnten die von Bad Tölz, Langgries und Benediktbeuren alarmierten Hilfsmannschaften bis jetzt (18 Uhr) noch nicht an die Unfallstelle gelangen. Z. Zt. sind nur 3 bis 4 Mann der Landespolizei mit den Bergungsarbeiten beschäftigt, konnten aber von den acht Verschütteten bis jetzt noch niemand befreien. Die Arbeiten werden die ganze Nacht mit Hilfe von Scheinwerfern fortgesetzt werden. Der Kurs bestand aus einem Offizier (Oberleutnant Remold) und 14 Mann. Am 21. Januar wäre der Kurs nach einwöchiger Dauer zu Ende gegangen. Wie verlautet, ist der bis jetzt Geborgene der Oberleutnant Remold.

Schließlich wird noch gemeldet: Gegen 19,30 Uhr traf die Benediktbeurer Rettungskolonne, an der Mannschaften der Sanitätskolonne, des Gebirgsunfalldienstes und des Sportvereines Benediktbeuren teilnehmen, an der Unfallstelle ein. Der Anstieg gestaltete sich wegen der außerordentlich starken Vereisung aller Wege äußerst schwierig. Die Bergungsarbeiten wurden sofort mit allem Nachdruck aufgenommen, die anderen Rettungsexpeditionen waren, soweit bisher bekannt, um 20 Uhr noch nicht an der Unglücksstelle eingetroffen. Auch die Namen der Verunglückten konnten noch nicht ermittelt werden. — Der Rettungskolonne gelang es nach angestrengter Arbeit, gegen 10 Uhr abends einen der verschütteten Landespolizeibeamten schwer verletzt zu bergen. Von den übrigen Sieben konnte noch keine Spur gefunden werden.

Bombenanschläge.

Bisher 15 Leichen geborgen.

:: **Buenos-Aires, 20. Januar.**

Durch eine schwere Bombe, die im Bahnhof der Western Railway heute früh 5,15 Uhr hiesiger Zeit in dem Augenblick explodierte, als ein elektrischer Zug einfuhr, wurden zwei Personen getötet und drei verletzt. Um die gleiche Stunde explodierte auch im Bahnhof der Grat Southern Railway eine Bombe, durch die eine Person verletzt wurde. Eine dritte Bombe, die auf die Schienen der mittelargentinischen Eisenbahn gelegt worden war, explodierte in dem Augenblick, als ein Vorortzug die Stelle passierte. — Von anderer Seite wird gemeldet: An drei verschiedenen Stadtbahnstationen explodierten heute morgen drei Bomben. Bisher sind 15 Leichen geborgen worden. Zahlreiche Personen sind verletzt. Das furchtbare Verbrechen hat in der ganzen Stadt das größte Entsetzen hervorgerufen. Offenbar hatten die Täter den Zeitpunkt absichtlich gewählt, zu dem die Züge von Angestellten, die sich zur Arbeitsstätte begeben, überfüllt waren. Anscheinend handelt es sich nicht um ein politisches Verbrechen, sondern um die Tat von Banditen, welche die Verwirrung zum Plündern ausnutzen wollten.

★

:!: **Havanna, 20. Jan.** Im Hauptzuführungsrohr der Wasserleitung explodierte eine Bombe. Der angerichtete Schaden ist beträchtlich. Die Wasserversorgung der Stadt war heute früh unterbrochen. Der Bombenanschlag hat lebhafte Beunruhigung hervorgerufen. Man glaubt, daß es sich um ein anarchistisches Attentat handelt.

Hauszinssteuerverteilung nach Bedarf.

Von unserer Berliner Redaktion.

× **Berlin, 20. Januar.** (Drahtb.)

Das Reichsarbeitsministerium hat Grundsätze für den Kleinwohnungsbau veröffentlicht, die als Ausführungsbestimmungen zu dem entsprechenden Teil der letzten Notverordnung aufzufassen sind. In diesen Bestimmungen heißt es, daß die Mittel zur Deckung dringenden örtlichen Bedarfs unabhängig von dem jeweiligen örtlichen Aufkommen verteilt werden. Das ist ein Fortschritt. Es war an sich ein Unfug, die Hauszinssteuermittel nach dem Maßstab des örtlichen Aufkommens zu verteilen, weil in dem Aufkommen der Hauszinssteuer sich die Größe des Wohnungsmangels bestimmt nicht ausdrückt, sondern vielleicht eher das Gegenteil. Es ist auch zu begrüßen, wenn nun anstelle dieser mechanischen Verteilung auf die Notwendigkeit der Feststellung der fehlenden und überfüllten Wohnungen, des natürlichen Bevölkerungszuwachses und der voraussichtlichen Entwicklung der Wirtschaft hingewiesen wird.

Umgestaltung des deutsch-französischen Handelsvertrages.

Berlin, 20. Januar.

Die seit Oktober 1930 dauernden Verhandlungen zwischen der deutschen und der französischen Regierung über eine Umgestaltung des im deutsch-französischen Handelsvertrag vom 17. 8. 27 vereinbarten Zolles für Baumwolle, Strümpfe und Socken bei der Einfuhr nach Frankreich haben nach Informationen des Wirtschafts-Informationsdienstes zu einer grundsätzlichen Einigung geführt. Der bisherige Wertzoll für diese Strümpfe soll in einen Gewichtszoll umgewandelt werden.

Als Ausgleich für das Entgegenkommen hinsichtlich der Gestaltung des französischen Zollsatzes für Baumwolle und Strümpfe wird französischerseits auf die Bindung des deutschen Zollsatzes für Baumwollgewebe im Gewicht von 100 gr. auf einen Quadratmeter bis zu 23 Fäden auf 5 Millimeter Geviert verzichtet werden. Weiter wird französischerseits die bisher im deutsch-französischen Handelsabkommen festgelegte Bindung des deutschen Zollsatzes für Hopfen und die nach der durch die französische Regierung im Jahre 1929 erfolgten Freigabe der Bindung des Mehlzolles noch bestehende Bindung für andere Müllereierzeugnisse (Gries, Graupen usw.) mit Ausnahme der Bindung für Erbsen freigegeben werden. Außerdem wird u. a. ein Kontigent für die Einfuhr von Kirschwasser und anderen Trinkbranntwein aus Deutschland nach Frankreich gewährt werden.

Deutscherseits ist die Gelegenheit der Verhandlungen weiter dazu benutzt worden, die Verzollung der sogenannten Vistrafasern im französischen Zolltarif zum Zollsatz von 2,20 Frs. für 1 Kilogramm sicherzustellen und für Abhilfe von Erschwerungen der Einfuhr elektrotechnischer Erzeugnisse und Bijouterieware nach Frankreich zu sorgen.

Das endgültige Abkommen, das erst nach Ratifikation in Kraft treten wird, wird demnächst zwischen den beteiligten Regierungen abgeschlossen werden.

Ein jüdischer Journalist bei Hitler.

CNB **Washington, 20. Januar.**

Associated Preß veröffentlicht ein Interview des amerikanischen Journalisten Max Fränkel mit Adolf Hitler. Dieser erklärt, Deutschlands schwere Lage sei durch das jüdische Kapital verschuldet. Auf Fränkels Einwand, die jüdische Bevölkerung Deutschlands stelle weniger als ein Prozent der Einwohner des Reiches dar und könne daher doch kaum als eine so große Gefahr bezeichnet werden, antwortete Hitler, er rechne zu den Juden einen jeden, der nicht reindeutsch sei. Die Juden hätten die deutsche Kultur und die deutsche Politik mit ihren Ideen infiziert und Deutsche in Juden verwandelt. Sein Plan sei, alle Juden, die nach dem Weltkrieg eingewandert seien, auszuweisen und den übrigen Juden die Beteiligung an den öffentlichen und an den Regierungs-Angelegenheiten zu verbieten. Fränkel fügt der Veröffentlichung über dieses Interview die Bemerkung an, Hitler habe, da er (der Anfrager), blond sei, offenbar nicht bemerkt, daß es sich um einen jüdischen Journalisten handelte. Er schließt mit der Erklärung, er werde den vollen Wortlaut seines Interviews mit Hitler nächste Woche in der „Newyork Jewish Tribune" veröffentlichen.

Woher kommen die Kriegsdrohungen?

Doumers Senats-Eröffnungsrede.

:: **Paris, 20. Januar.**

Im Senat hielt heute nachmittag der wiedergewählte Präsident Doumer die übliche Eröffnungsansprache. Nach einem kurzen Dank für seine Wiederwahl beschäftigte er sich mit den Aufgaben, die das französische Parlament im Laufe dieser Tagung durchzuführen haben wird. Eine arbeitsreiche Session, so führte Doumer u. a. aus, beginne. In ihrem Verlaufe müßten große Finanzprobleme oder besser gesagt Probleme mit finanzieller Grundlage verabschiedet werden. Auch die Frage der Landesverteidigung werde das Parlament beschäftigen. Der Zustand in Europa, die ewigen Drohungen, die immer von dem gleichen Punkte des Horizontes kämen, gestatteten nicht, die Sicherheit des Landes außer Acht zu lassen. Der Friede sei jetzt garantiert, vorausgesetzt, daß die kriegsfertigen Nationen mächtig genug seien, ihn aufzuzwingen. Unter dem Schatten des Friedens könne man arbeiten und vor allen Dingen sich für die Vereinigung Europas und mit der Zeit dann später auch für die Pazifierung der Welt einsetzen. Alles das sei der Geldopfer wert, die im Senat gemäß der Annahme unterbreitet würden.

★

Maginot über die Sicherheitsfrage.

Die Riesenkosten für Heer und Flotte.

)!(**Paris, 19 Januar.**

Der frühere Kriegsminister Maginot hat sich in einem Interview über die Sicherheitsfrage geäußert. Er stellte zunächst die Forderung auf, daß ein Land wie Frankreich für seine Verteidigung Heer und Flotte in dem Maße ausbauen müßte, in dem seine Mittel an Menschenmaterial und Geld es ermöglichen.

Notwendigerweise werde aber, so erklärte Magnot weiter, der Augenblick kommen, in dem die Ausgaben für die Landesverteidigung infolge der hohen Kosten und des Uebergewichtes des technischen Schießmaterials die finanziellen Mittel übersteigen. Frankreich sei im Begriffe, diesen Punkt zu erreichen. Von diesem Augenblick an liege die Sicherheit des Landes nicht mehr in dem weiteren Ausbau seiner bewaffneten Streitkräfte, weil dieser durch die zu hohen Kosten behindert werde. Dann müßten die Maßnahmen nationaler Art zum Schutz der Sicherheit durch Maßnahmen internationaler Art ergänzt werden. Alle Bemühungen um die Errichtung des Schiedsgerichtssystems für internationale Konflikte und alle Versuche zu einer loyalen Beschränkung der Rüstungen müßten daher mit Interesse, ja mit Leidenschaft von allen denen unterstützt werden, die um die Zukunft des Landes besorgt seien.

Die Europakonferenz.

Wirtschaftliche Fragen im Vordergrund.

() Genf, 20. Jan.

Die Europakonferenz, die sich länger hinzieht, als ursprünglich angenommen wurde, dürfte die nächste Konferenz für den Monat Mai d. J. ansetzen. In den Debatten der heutigen Sitzung hat sich gezeigt, daß auch diese Maitagung hauptsächlich wirtschaftlichen Fragen gewidmet sein wird. Ueber die Frage der Agrarkredite hat der Vorsitzende des Finanzkomitees des Völkerbundes, Suvich, heute in der Konferenz die Ergebnisse der mehrtägigen Beratungen mitgeteilt, zu denen dieses Komitee gelangt ist. Er erklärte, es müsse die Frage der Schaffung langfristiger Kredite geprüft werden, die die geeignetste Form seien, um fremdes Kapital zu bekommen. Oertliche Institute könnten die Kredite unter der Verantwortlichkeit eines staatlichen Zentralinstitutes geben. Ihrerseits müßten diese Zentralinstitute in Verbindung mit einem internationalen Kreditinstitut arbeiten. Um diese Frage zu lösen, sei die Einberufung eines Komitees notwendig, dem das Finanzkomitee, das Wirtschaftskomitee, das internationale Landwirtschaftsinstitut und landwirtschaftliche Sachverständige anzugehören hätten. Dieses Komitee müßte dem Völkerbund auf seiner Tagung im Mai konkrete Vorschläge machen.

*

Die Einladung an Rußland und die Türkei.

() Genf, 20. Januar.

Die Europakonferenz hat heute nachmittag ohne Aussprache den bekannten Vorschlag des Ausschusses, die europäischen Nichtmitgliedstaaten des Völkerbundes zu den Arbeiten der Europakonferenz über die Wirtschaftsfragen einzuladen, angenommen. Der norwegische Ministerpräsident Mowinckel erklärte kurz, er halte diese Einladung für verfrüht. Es wäre besser gewesen, wenn die Konferenz zu dem Memorandum der dänischen Regierung, das konkrete Vorschläge über Arbeitsmethoden enthalte, Stellung genommen hätte und wenn erst später eine Einladung an Rußland und die Türkei ergangen wäre. Diesen Vorbehalt, der vom Präsidenten der Konferenz, Briand, zur Kenntnis genommen wurde, schlossen sich die Vertreter Belgiens, Spaniens, Hollands, Schwedens, Jugoslaviens und der Schweiz an. Durch die Annahme des Ausschußantrages hat sich die Konferenz dafür entschieden, daß durch den Generalsekretär des Völkerbundes für die nächste Konferenz des Studienkomitees für die europäische Einigung Einladungen an die genannten Staaten ergehen.

*

Die Beteiligung Danzigs.

() Genf, 20. Januar.

Reichsaußenminister Dr. Curtius benutzte die heutige Nachmittagssitzung der europäischen Konferenz, um nochmals die Hinzuziehung Danzigs zu den Arbeiten des europäischen Studienkomitees, die er bereits in der öffentlichen Sitzung am Sonntag gefordert hatte, anzuschneiden. Der Vorsitzende Briand teilte mit, daß Minister Zaleski mit der Angelegenheit befaßt worden sei. Es handele sich hier um eine besondere Frage, die noch geprüft werden müsse. Auf eine Bemerkung des polnischen Außenministers Zaleski, daß es sich hier nicht um eine politische, sondern um eine juristische Frage handele, die auch bereits den Haager Gerichtshof beschäftigt habe, erwiderte Dr. Curtius, die juristische Frage sei nur in einem ganz besonderen Falle, nämlich bei der Frage des Beitritts Danzigs zur internationalen Arbeitsorganisation, aufgeworfen und behandelt worden. Er sei aber bereit, sich mit dem polnischen Außenminister Zaleski in Verbindung zu setzen und hoffe, daß bis zur Maitagung der europäischen Konferenz die Frage soweit geklärt sei, daß dann eine Einladung an Danzig erfolgen könne.

Fernbleiben der Nationalsozialisten vom Strafrechtsausschuß.

Zwei Erklärungen zur Auswahl.

× Berlin, 20. Januar.

Der Strafrechtsausschuß des Reichstages nahm am Dienstag unter dem Vorsitz des Abgeordneten Dr. Kahl (D. Vp.) seine Arbeiten auf. Den Ausschußmitgliedern ist eine umfangreiche Drucksache, die mit Hilfe des Reichsjustizministeriums zusammengestellt wurde, als Unterlage für die Verhandlungen zugegangen. Darin sind der ursprüngliche Entwurf des Strafgesetzbuches, die Beschlüsse des früheren Ausschusses in erster Lesung, der neue Antrag des Abgeordneten Dr. Kahl und die bereits getätigten Ausschußbeschlüsse in zweiter Lesung enthalten. Da die nationalsozialistischen Ausschußmitglieder nicht erschienen waren, ohne daß sie ihr Ausbleiben mündlich oder schriftlich begründet hatten, da sie außerdem sich überhaupt nicht darüber geäußert hatten, ob sie die ihnen zugeteilten Referate übernehmen, erklärte der Vorsitzende, Abgeordneter Dr. Kahl (D. Vp.), die Frage der Nichtbeteiligung einer ganzen Partei dem Aeltestenrat unterbreiten zu wollen.

Die ersten fünf Paragraphen der Vorlage, die den Geltungsbereich des Gesetzes betreffen, wurden angenommen.

Die nationalsozialistischen Mitglieder des Strafrechtsausschusses, die an der heutigen Sitzung dieses Ausschusses nicht teilgenommen haben, veröffentlichen eine Erklärung, wonach dieses Fernbleiben nicht etwa eine grundsätzliche Ablehnung jeglicher Zusammenarbeit im Ausschuß bedeuten solle. Vielmehr bestimme sich die positive Mitarbeit der Fraktion an dem neuen Strafbuchgesetzentwurf von Fall zu Fall. Zur Begründung dieser Haltung heißt es in der Erklärung: Die Vollziehung der Strafjustiz im gegenwärtigen Staat, einschließlich des Gnadenverfahrens, steht unter dem Einfluß marxistischer Parteiwillkür. Sie läßt eine ausgesprochene Tendenz zur wohlwollenden Begünstigung großkapitalistischer Schieber erkennen, wie die in der ganzen Welt bekannt gewordenen Fälle Sklarek, Kutisker, Barmat, nachgewiesen haben. Den Verfall der deutschen Strafrechtspflege hat der preußische Senatspräsident Baumbach bekanntlich in das Wort gekleidet, daß die Justiz zur Dirne der Politiker geworden ist. Die nationalsozialistischen Mitglieder des Hauses vermögen daher nicht gestaltend an einer Unternehmung mitzuwirken, bei der gerade die Träger dieses Verfalls für sich in Anspruch nehmen, neue Strafgesetze zu machen.

Dem Vdz-Büro wird hierzu von der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion mitgeteilt, daß diese Erklärung nicht als parteiamtlich anzusehen sei.

Der nationalsozialistische Abgeordnete Stöhr, der der Sitzung des Strafrechtsausschusses einige Zeit lang in seiner Eigenschaft als Mitglied des Präsidiums des Reichstages beiwohnte, gab vielmehr die Erklärung ab, daß das Fortbleiben der Mitglieder der nationalsozialistischen Fraktion von der ersten Sitzung des Strafrechtsausschusses lediglich als politische Demonstration gegen den Ausschußvorsitzenden Geheimrat Kahl persönlich gerichtet sei. Herr Dr. Kahl habe im Plenum des Reichstages, also vor der gesamten deutschen Oeffentlichkeit behauptet, ein gutes Strafgesetzbuch komme nur dann zustande, wenn die Kommunisten und Nationalsozialisten sich an den Ausschußsitzungen nicht beteiligten. Dieser Affront, den Herr Dr. Kahl damit der unbestritten zweitgrößten Partei Deutschlands entgegengesetzt habe, habe durch dieses gelindeste Mittel einer politischen Demonstration seine Sühne gefunden. Ob die nationalsozialistischen Ausschußmitglieder diese Sühne als ausreichend betrachten, würde zu überlegen sein. Jedenfalls würden die Nationalsozialisten von der nächsten Sitzung des Strafrechtsausschusses an sich regelmäßig an den Arbeiten beteiligen wollen, um in dieser nächsten Sitzung dann noch einmal besonders zu dem Vorfall Stellung zu nehmen. (Die notwendigen Bemerkungen zu diesen zwei nationalsozialistischen Erklärungen veröffentlichen wir unter Tagesfragen. Die Redaktion.)

Bayerns Klage beim Staatsgerichtshof.

× München, 20. Januar.

Der Ministerrat hat in seiner heutigen Sitzung einstimmig beschlossen, die Klage wegen des Steuervereinheitlichungsgesetzes beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich zu erheben. Die Klage wird mit der Begründung in kürzester Frist abgehen.

Drewitz will sich nicht mehr äußern.

:: Berlin, 20. Januar.

In einem Berliner Spätabendblatt hat der Reichstagsabgeordnete Otto Colosser neuerliche Angriffe gegen den Führer der Wirtschaftspartei, Abgeordneten Drewitz gerichtet. In formulierten Fragen verlangt er Auskunft von Drewitz, ob nicht in dem Protokoll des Prüfungsausschusses der Wirtschaftspartei u. a. auch der Satz stehe, daß zu privaten Zwecken für Drewitz aus der Parteikasse Gelder herausgabt und seither nicht zurückgezahlt wurden. Auf Anfrage erklärt der Abgeordnete Drewitz dem Nachrichtenbureau des VDZ., daß diese und andere Dinge Gegenstand des kommenden Gerichtsverfahrens sein würden und daß er jede weitere Aeußerung zu solchen Angriffen vorläufig ablehne. Zu Gerüchten, die am Dienstag im Reichstag verbreitet waren, als ob auch innerhalb der Fraktion der Wirtschaftspartei neue Vorstöße gegen Drewitz zu erwarten seien, erklärt der Abgeordnete Drewitz, daß die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei einmütig hinter ihrem Führer stehe.

Der Film „1914".

Berlin, 20. Januar.

Richard Oswald's gegen die Kriegsschuldlüge gerichteter Film „1914". „Die letzten Tage vor dem Weltbrand" ist heute nachmittag im Tauentzien-Palast zum ersten Male vorgeführt worden. Das geladene Publikum folgte ihm mit lebhafter Spannung und spendete am Schluß anhaltenden Beifall. Der Film, der aufzeigt, wie die Völker Europas in den Weltkrieg „hineingestolpert" sind, beginnt mit der Mordtat von Serajewo und endet mit der Ermordung von Jaurès. Er spielt, abgesehen von dem Schauplatz des Verbrechens vom 28 Juli in den Hauptstädten Berlin, Petersburg, Wien, Paris, London und Belgrad, hat aber seinen Schwerpunkt durchaus in den Petersburger Szenen, in denen der Widerstand des Zaren und seine schließliche Ueberwindung durch Sassonows unehrliche Politik und durch den Kriegswillen des Großfürsten Nikolai und des Generalstabschefs eingehend und wirksam dargestellt wird. Diese Szenen bilden auch technisch den Höhepunkt des Filmes. Die Berliner Szenen werden der Persönlichkeit und Tätigkeit Bethmann-Hollwegs doch wohl kaum gerecht. Der Film schließt mit dem Bekenntnis des sterbenden Jaurès zu Frieden, Freiheit und Völkerversöhnung.

Deutsch-österreichische Eisenbahnverhandlungen.

× Berlin, 20. Januar.

Wie wir erfahren, hat der Generaldirektor der österreichischen Bundesbahnen, Dr. Strafella, der heute früh mit einer Reihe seiner leitenden Mitarbeiter in Berlin eingetroffen ist, zunächst dem österreichischen Gesandten Dr. Frank, dem Generaldirektor der Reichsbahn, Dr. Dorpmüller, und dem Reichsverkehrsminister Dr. von Guérard Besuche abgestattet. Im Anschluß daran begannen Besprechungen zwischen den Wiener Herren und den zuständigen Stellen der Hauptverwaltung der Reichsbahn. Man will sich besonders über Gütertarife der Bahnen verständigen, und zwar für deutsche Transporte durch Oesterreich und umgekehrt österreichische Sendungen durch Deutschland. Ferner soll über eine bessere Abwicklung des Güterverkehrs an den Uebergangsstationen verhandelt werden. Den Hauptgegenstand der Beratungen bildet der Transport zum Meer. Es handelt sich dabei um die Fragen, die sich aus der Lage Oesterreichs im Transitverkehr zwischen Adria und Nordsee ergeben.

Ludendorff und Tausend.

Alchimie und Politik.

:: München, 20. Januar.

Im Laufe seiner Vernehmung machte der Goldmacher Tausend vor Gericht so interessante Angaben über die Beteiligung Ludendorffs, daß wir auf sie ausführlicher zurückkommen müssen. Die stellenweisen Aufklärungen und phantastischen Erzählungen Tausends lauten folgendermaßen:

In den Jahren 1924/25 habe er seine Experimente auf die Goldherstellung ausgedehnt und sich auf Anraten seines Kompagnons Rienhardt an den bayerischen Finanzminister gewandt, der ihn seinerseits an das Münchener Münzamt gewiesen habe. Dort habe man ihn hingehalten und schließlich nichts mehr von sich hören lassen, wohl weil man neidisch auf ihn gewesen sei. Darauf sei Rienhardt auf einer Reise nach Berlin in die Reichskanzlei gegangen, wo man ihm versprach, ihm einen Münchener Treuhänder namhaft zu machen. Dieser Treuhänder sei aber niemand anders gewesen als General Ludendorff. Alsbald habe sich nun auch Ludendorff durch einen Ingenieur Kummer mit Tausend in Verbindung gesetzt und ihn zunächst einmal genötigt, nach dem Vorort Gilching in ein einsames Haus zu übersiedeln, das einem Herrn Fuchs gehöre. Hier seien dann etwa sechs Herren aufgetaucht, die sich als Vertrauensleute Ludendorffs vorstellten, und an der Goldherstellung mitarbeiten wollten. Es sei dann auch ein Tag bestimmt worden, an dem, wie Ludendorff dem Goldmacher ankündigte,

Hindenburg nach München kommen sollte.

Hier unterbricht der Vorsitzende den Angeklagten mit der Feststellung, daß er hiervon in der Voruntersuchung kein Wort gesagt habe, worauf Tausend mit heftigen Anklagen gegen die Voruntersuchung antwortet, in der er manchmal 24 Stunden hintereinander verhört worden sei. An dem Tage des Hindenburg-Besuches also sollte Tausend in Gilching warten, bis er zu Hindenburg und Ludendorff zum Tee gerufen werden würde. Er wartete aber vergeblich. Abends sei dann Ludendorff zu ihm gekommen und habe ihm ein Handschreiben Hindenburgs gezeigt, wonach der Reichspräsident es abgelehnt habe, sich mit ihm zu befassen. Da durch diese Absage der Uebergang der Erfindung an das Reich verhindert worden sei, habe Ludendorff erklärt, nunmehr behalte er das Verfahren in eigenen Händen. Am 14. Oktober 1925 sei dann eine neue Gesellschaft gegründet worden auf Grund zweier Verträge, eines Privatvertrages mit Ludendorff und eines Gesellschaftsvertrages, die der bekannte völkische Anwalt Justizrat Schramm vorbereitet habe. Tausend erklärte hierzu: Ich habe die Verträge weder geschlossen noch gewünscht, ich wurde eingeladen, und die Verträge lagen auf dem Tisch. Es sind auf die Verträge vorher schon Einzahlungen für politische Zwecke geleistet worden, auch Schulden waren schon vorhanden. Vors.: Wo sind die eingezahlten Gelder hingekommen? Angekl.: Das können Sie jene politischen Kreise fragen. Ich bin kein Politiker. Die Gesellschaft ist in Wahrheit gegründet worden,

damit man für die vorhandenen politischen Schulden einen Mantel hätte.

Heute wird das alles mir vorgeworfen. Nun verlangt die Verteidigung die Verlesung dieser beiden Verträge, ebenso die einer Zessionsurkunde, die Tausend am 1. Juli 1925 Ludendorff ausgestellt hat. Nach einigem Sträuben des Vorsitzenden wird diesem Antrag stattgegeben.

In der Zessionsurkunde erklärt Tausend: Ich selber verzichte auf jede Verwertung und verpflichte mich zur Geheimhaltung des Verfahrens der synthetischen Goldherstellung. Auch künftige Verbesserungen des Verfahrens erhält Ludendorff zur Verwertung. In dem Privatvertrag mit Ludendorff heißt es u. a. etwa: Alle Erfindungen Tausends werden Ludendorff zugesichert. Die Erlöse wird Ludendorff vaterländischen Zwecken zuwenden. — In dem Gesellschaftsvertrag endlich heißt es, daß Tausend fünf Prozent erhält, die Einzahler zwölf Prozent und die Mitarbeiter, die nichts einzahlen, acht Prozent.

Die übrigen 75 Prozent erhält Ludendorff, der über ihre Verwendung niemandem Rechenschaft schuldig ist.

Tausend behauptete weiter, daß ein großer Teil der gezeichneten Gelder niemals eingezahlt worden sei. Er jedenfalls habe gar nichts davon bekommen. Von den meisten Einzahlungen habe er erst durch die Anklageschrift Kenntnis erhalten. Immer wieder sei er bei der Arbeit von unbekannten Leuten besucht worden, die sich als Vertrauensleute Ludendorffs vorstellten. Später seien sie dann plötzlich Gesellschafter gewesen. Wenn sie etwa behaupten wollten, durch seine Experimente zum Beitritt veranlaßt worden zu sein, so müsse er dem widersprechen. Philipp Held in Barmen, einer der Geldgeber, habe erklärt, er interessiere sich für die Erfindung, schicke aber kein Geld nach München, da es hier doch nur für politische Zwecke verschleudert werde. Tausend solle doch zu ihm kommen und bei ihm arbeiten. Tausend ist dann auch für einige Zeit nach Barmen übergesiedelt, wohin ihm

Ludendorff monatlich durchschnittlich 2000 Mark geschickt habe.

*

Die Gründung der Studiengesellschaft.

× München, 20. Januar.

Heute wurde die Gründung der Studiengesellschaft Tausends erörtert. Der Vorsitzende stellte aus den Aktien fest, daß die Summe der für die Studiengesellschaft eingezahlten Beträge zuletzt etwa 820 000 Mark betragen habe, was Tausend zugibt. Er gibt weiter zu, auf Grund der Satzungen einen Betrag von 25 Proz. der Mitgliederbeiträge erhalten zu haben. Er habe zunächst 150 000 Mark und später noch einmal 100 000 Mark bekommen, zusammen also eine Viertelmillion. Der Verein wurde im Januar 1927 gegründet, der Sitz war ursprünglich Frankfurt a. M., wurde aber später nach Freiberg-Sachsen verlegt. Tausend erklärte, zunächst sei in seinem Privatlaboratorium in Freiberg in Sachsen gearbeitet, aber auch in Wien und Frankfurt a. M. seine Experimente vor Sachverständigen vorgeführt worden. Der Zweck dieser Versuche sei gewesen zu beweisen, daß

die wissenschaftliche Theorie über die Umwandlung von Metallen auf falschen Grundlagen

beruhe. Dann beruft sich Tausend auf die Experimente im Münchener Hauptmünzamt, von denen das erste kurz nach seiner Verhaftung, das zweite im Oktober 1929 stattfand. Das erste Experiment sei nicht durchgeführt worden. Er habe den Eindruck gehabt, daß der anwesende Sachverständige Dr. Röntgen als Exponent einer Interessentengruppe darauf auszugehen schien, hinter sein Geheimnis zu kommen. Der zweite Versuch sei von ihm durchgeführt worden und trotz der schärfsten Kontrolle und der genauen Prüfung des Ausgangsmaterials habe er einen außerordentlichen Erfolg gehabt. Diesen Versuch habe er deshalb durchgeführt, weil man ihm in Aussicht gestellt habe, daß bei einem etwa eintretenden Erfolg seine Freilassung zu erwarten sei. Tausend beschwerte sich in ziemlich erregter Weise darüber, daß der Sachverständige entgegen der damals auch von ihm unterzeichneten Erklärung später anders ausgesagt habe. Die Anwesenden seien damals davon überzeugt gewesen, daß der Versuch gelungen sei. Bei Besprechung seiner Versuche, den Angaben über Gold und den Produktionsumfang sprach Tausend immer mehr von bei den Versuchen hergestelltem Material und meinte,

er nenne die Ergebnisse absichtlich nicht Gold.

Als er in Wien einmal einen Hochofenbetrieb besichtigte, sei ihm der Gedanke an einen Großbetrieb gekommen. Er habe aber zunächst geplant, solche großen Resultate durch Errichtung vieler kleiner Betriebe zu erzielen und durch Vergebung kleiner Apparate den vielen Arbeitslosen Gelegenheit zu geben, durch Goldfabrikation in der Wohnung sich eine Existenz zu schaffen. Er sei aber an der Ausführung dieses Planes durch seine Verhaftung verhindert worden. — Die Verhandlung wurde dann auf morgen vertagt.

Ein englischer Bankier für Streichung der Kriegsschulden.

() London, 20. Januar.

Bei der Jahresversammlung der Barclays-Bank hielt der Vorsitzende Goodenough eine längere Rede, die große Beachtung fand. Der Redner nahm zunächst Stellung gegen das Ueberhandnehmen des Zollprotektionismus und wandte sich im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen dem Kriegsschuldenproblem zu. Hierbei führte er u. a. aus, sowohl die Vereinigten Staaten wie andere Länder könnten durch eine Streichung der Kriegsschulden nur gewinnen. Beim augenblicklichen Stand der Dinge werde Deutschland, um seine Zahlungsverpflichtungen erfüllen zu können, genötigt, seine Industrie in einem derartigen Ausmaß zu rationalisieren, daß es zwangsläufig und in steigendem Maße in immer stärkeren Wettbewerb gegen alle an der industriellen Produktion interessierten Länder treten müsse. Dem Interesse der Welt sei besser damit gedient, wenn Deutschland von seiner Schuldenlast befreit wäre und so in die Lage käme, nicht nur seine eigenen Waren zu exportieren, sondern auch Fertigwaren aus dem Auslande wieder im größeren Umfange einzuführen.

Raubüberfall in Hamburg.

Der Täter festgenommen.

:: Hamburg, 19. Januar.

Ein dreister Raubüberfall wurde heute abend auf eine Verkäuferin eines Pelzwarengeschäftes in der Schanzenstraße verübt. Ein junger Mensch betrat den Laden, warf plötzlich der Verkäuferin einen Riemen um den Hals und schleppte sie in das hinter dem Laden liegende Zimmer. In ihrer Todesangst gab die Verkäuferin den Ort an, wo sie das Geld aufzubewahren pflegte. Mit einer Beute von nur etwa 20 Mk. verschwand der Räuber, konnte jedoch von einem Polizisten, der auf ihn aufmerksam geworden war, kurz danach verhaftet werden. Es handelt sich um einen 17jährigen jungen Menschen aus Osnabrück, der seinen Eltern entlaufen ist. In seinem Besitz wurde auch ein geladener Revolver gefunden.

Die Zugspitzbahn vollendet.

Eröffnung des letzten Teiles der bayerischen Zugspitzbahn und des Hotels Schneefernerhaus.

+ Garmisch, 20. Januar.

In Anwesenheit zahlreicher Ehrengäste, unter ihnen der Verkehrsreferent der bayerischen Staatsregierung, Ministerialrat Hellmann, andere Vertreter der Behörden und der Presse, wurde heute der letzte Teil der bayerischen Zugspitzbahn, die Seilbahn von dem 2650 Meter hoch gelegenen Schneefernerhaus zu der zwischen dem Ost- und dem Westgipfel der Zugspitze in fast 3000 Meter Höhe gelegenen Bergstation eröffnet. Mit der Inbetriebnahme der Seilbahn, die einen Höhenunterschied von fast 300 Metern bei einer Streckenlänge von 725 Metern in 4 bis 5 Minuten Fahrzeit überwindet, wurde gleichzeitig auch das neuerbaute Hotel Schneefernerhaus eröffnet, das 80 Gäste aufnehmen kann, während das alte Schneefernerhaus, das als Touristenhaus in den nächsten Wochen eröffnet werden wird, Raum für 115 Gäste bieten wird. Die Gäste des Eröffnungsaktes hatten als erste Gelegenheit, die Fahrt zum Gipfel mit der Seilbahn anzutreten.

Drei Kinder erstickt.

() Saarbrücken, 20. Januar.

Drei Kinder eines Bergmannsehepaares aus Dilsburg im Köllertal sind gestern abend, während die Eltern Verwandte besuchten, bei einem Brande erstickt. Die Frau hatte das 7 Jahre alte Mädchen und die 5 und 4 Jahre alten Jungen in dem neben der Küche liegenden Schlafzimmer zu Bett gebracht. Als die Eheleute nach vierstündiger Abwesenheit heimkehrten, fanden sie die Wohnung dicht verqualmt. Wahrscheinlich haben am Küchenherd hängende Lappen Feuer gefangen. Wiederbelebungsversuche hatten keinen Erfolg. Der Brand konnte von herbeieilenden Nachbarn in kurzer Zeit gelöscht werden.

Straßburger Bankier in Basel verhaftet.

× Paris, 19. Jan.

Wie Havas aus Straßburg meldet, ist der Bankier Lucien Kahn, der nach Schließung seiner Bank die Flucht ergriffen hatte und gegen den mehrere Klagen wegen Vertrauensmißbrauchs anhängig gemacht worden sind, heute abend in Basel verhaftet worden. Der Untersuchungsrichter wird auf dem diplomatischen Weg seine Auslieferung beantragen. Bei einer heute vormittag in der Bank vorgenommenen Haussuchung wurden Wertpapiere im Betrage von 100 000 Franken, Wechsel im Werte von 60 000 Franken und Barmittel in Höhe von 20 000 Franken entdeckt. Die Passiven der Bank sollen sich auf zwei Millionen Franken belaufen.

Heute abend Zentrumsversammlung!

Heute abend 8¼ Uhr spricht Abg. Bielefeld im Arbeiterheim St. Paulus. Zahlreiches Erscheinen, vor allem auch der Mittelständler, dringend erwünscht.

Aus der Heimat.

Die erste Rate der Bürgersteuer ist fällig.

n. **Bocholt**, 21. Januar. Die Bürgersteuerpflichtigen werden nochmals auf die Verpflichtung zur Zahlung der 1. Bürgersteuerrate (Fälligkeitstag 10. 1. 1931) hingewiesen. Bei den Lohn- und Gehaltsempfängern erfolgt die Zahlung der Bürgersteuer im Wege des Lohnabzugs durch den Arbeitgeber, die Gewerbetreibenden haben auf Grund einer besonderen schriftlichen Aufforderung an die Finanzkasse Borken zu zahlen. Für sämtliche übrigen Personen über 20 Jahre (insbes. Rentner, Söhne und Töchter, die ohne festen Lohn im elterlichen Geschäft tätig sind, Haustöchter und ähnl.) besteht die Bürgersteuerpflicht mit 3 RM. für ledige und 4,50 RM. für verheiratete Personen. Diese Beträge sind mit je 1,50 bezw. 2.25 RM. am 10. Januar und 10. März bei der Stadtkasse zu zahlen. Eine besondere Benachrichtigung oder Zahlungsaufforderung geht diesen Personen nicht zu.

Von der Bürgersteuer **befreit** sind Personen,

1. die am 10. Oktober 1930 vom Wahlrecht ausgeschlossen oder rechtlich in der Ausübung ihres Wahlrechtes behindert waren oder bei denen die Ausübung des Wahlrechtes ruhte;
2. die am Fälligkeitstage Arbeitslosen- oder Krisenunterstützung empfangen;
3. die am Fälligkeitstage laufend öffentliche Fürsorge genießen;
4. die am Fälligkeitstage Renten aus der reichsgesetzlichen Sozialversicherung empfangen und ihr gesamtes Jahreseinkommen 900 RM. nicht übersteigt;
5. die am Fälligkeitstage eine Zusatzrente nach § 88 des Reichsversorgungsgesetzes beziehen.

Sonntagskarten nach Holland?

⚔ **Bocholt**, 21. Januar. Wie die RWZ. erfährt, schweben zurzeit Verhandlungen zwischen der Reichsbahn und den Niederländischen Eisenbahnen über die Einführung von Sonntagsrückfahrkarten im deutsch-niederländischen Reiseverkehr. Die Initiative liegt bei einigen westdeutschen und niederländischen Großstädten, die sich eine Belebung des Fremdenverkehrs, die zweifellos auch eintreten dürfte; von der Durchführung einer solchen Maßnahme versprechen. Zunächst ist daran gedacht, diese Verkehrserleichterung auf der Strecke Düsseldorf—Oberhausen—Amsterdam versuchsweise einzuführen. In Holland sind es Rotterdam, Arnheim, Roermond, Nymegen und Venlo, die an jeder Erleichterung der deutsch-niederländischen Verkehrsbeziehungen interessiert sind. Die Besprechungen sollen sich in einem durchaus hoffnungsvollen Stadium befinden.

Capitol-Theater.

§ **Bocholt**, 21. Januar. Der Tonfilm „Leutnant warst du einst bei den Husaren", der seit Freitag im Capitol-Theater läuft, hat so großen Anklang beim Publikum gefunden, daß sich die Leitung des Theaters entschloß, die Vorführung des Films noch bis einschl. Donnerstag zu verlängern. Vor allem ist es **Mady Christians**, die durch ihren liebreizenden Charme und den Klang ihrer wohltönenden Stimme immer aufs neue das Publikum begeistert. Einfach 6 ezaubernd ist sie in einer amüsanten Schwips-Szene, die ihr so leicht niemand nachmacht. Interessant ist übrigens, daß der Film am vergangenen Sonntag durch den Sender des Brüsseler Rundfunks übertragen wurde.

Vom Arbeitsgericht Bocholt.

h. **Bocholt**, 20. Januar. Ein Meister einer hiesigen Weberei klagte gegen diese und forderte für die gesetzliche Kündigungsfrist, untertarifliche Entlohnung und Vorenthaltung des Lohnes für geleistete Ueberstunden nebst Zuschlägen insgesamt 2411,10 RM. In der Verhandlung vor dem Arbeitsgericht bestritt der Vertreter der Beklagten nicht, daß die Kündigung nicht fristgerecht ergangen wäre, wohl aber die weitere Forderung des Klägers. Der Vertreter des Klägers stützte sich auf den zuständigen Tarifvertrag und gab an, daß der Kläger unter wirtschaftlichem Druck gestanden habe. Das Gericht machte nach einer Beratung den Vorschlag, den Kläger wieder einzustellen. Der Vorschlag wurde jedoch nicht angenommen. Im Einverständnis mit den Parteien wurde zur weiteren Klärung neuer Termin angesetzt.

Eine Hausangestellte hatte gegen ihre hier wohnende Herrschaft Klage erhoben und forderte an Lohn für die gesetzliche Kündigungsfrist 96,80 RM. Die Klägerin war längere Zeit krank gewesen; auch waren Streitigkeiten zwischen den Parteien entstanden, worauf die Klägerin entlassen worden war. Nach kurzer Verhandlung bot die Beklagte 50 RM. als Vergleich an. Er wurde von der Klägerin angenommen.

Gegen einen auswärtigen Hotelbesitzer wurde von einem Angestellten Klage wegen Einbehaltung von Eigentum erhoben. Es wurde ein Vergleich geschlossen, in dem der Kläger auf einen Teil seiner Sachen verzichtete, um seine Schuld gegen den Beklagten zu begleichen. Mit dem Vergleich sollen alle weiteren gegenseitigen Forderungen abgeholfen sein.

Ein Handlungsgehilfe klagte gegen eine auswärtige Holzfirma wegen Nichteinhalten der gesetzlichen Kündigungsfrist und forderte an Lohn 525 RM. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß der Kläger seinen Einspruch gegen die Kündigung zurückgenommen hatte. Das Gericht hat den Kläger mit vorstehender Feststellung abgewiesen und verurteilt, die Kosten des Rechtsstreites zu tragen.

Eine Arbeiterin klagte gegen eine hiesige Textilfirma wegen unrechtmäßiger Entlassung. Bevor in die Verhandlung eingetreten wurde, prüfte das Gericht, ob der Vertreter der Klägerin zuzulassen sei. Nach einer Beratung beschloß das Gericht, die Sache zu vertagen. Ebenso soll Beschluß gefaßt werden, ob der Vertreter der Klägerin zugelassen werden soll. In einem andern Streitfalle wurde ebenfalls ein Vertreter vom Gericht abgelehnt. Der Beklagte gab einen Vergleichsvorschlag zu Protokoll. Es wurde neuer Termin angesetzt.

Ein Beifahrer einer hiesigen Transportfirma klagte gegen diese wegen Entlassung. Der Kläger war wegen angeblicher Arbeitsverweigerung entlassen. Es konnte durch den Kläger der Beweis erbracht werden, daß Krankheit ihn von der Arbeit abgehalten habe. In der Verhandlung schloß die Beklagte einen Vergleich dahingehend, daß der Kläger unter den alten Bedingungen ab 26. 1. wieder bei der Beklagten seine Stelle antritt.

Gegen einen Landwirt klagte ein Arbeiter wegen ungerechtfertigter Entlassung. Der Kläger forderte an Monatsgehalt und Logisgeld 110 RM. Die Beklagte konnte die Forderung nicht bestreiten. Das Gericht kam zu dem Entschluß, daß die Forderung des Klägers zu Recht bestehe und verurteilte den Beklagten zur Zahlung der obigen Summe und zur Tragung der Kosten.

Aus dem Kath. Gesellenverein.

t. **Bocholt**, 21. Januar. Der Buchführungskursus fällt am heutigen Mittwoch aus. Am kommenden Sonntag, nachmittags um 5 Uhr, findet eine nochmalige Aufführung des plattdeutschen Volksstückes „Hennerk Backpöhler" statt. Karten zu 50 Pfg. sind ab Freitag im Gesellenhaus zu haben.

„Das moderne Christusbild in der Literatur."

h. **Bocholt**, 21. Januar. Ueber dieses Thema wird auf Veranlassung des Vereins katholischer Akademiker Herr Studienrat Dr. **Storm** (Duisburg-Meiderich) am kommenden Montag, abends 8,30 Uhr, im kleinen Saal des Schützenhauses sprechen. Der Vortragende wird über die Gestaltung des Christusbildes in der neueren Literatur sprechen, wie es parallel der Entwicklung der Theologie, Philosophie und Wirtschaftslehre seit etwa 100 Jahren sich gewandelt hat im Roman, Drama und in der Lyrik. Der Vortrag ist **allen Interessenten zugänglich**. Eintrittskarten zum Preise von 1 RM. sind an der Abendkasse erhältlich. Mitglieder des Vereins haben selbstverständlich freien Zutritt.

Was hat die Handelskammer 1931 geleistet?

Ueber den Tätigkeitsbericht der Niederrheinischen Industrie- und Handelskammer Duisburg-Wesel.

m. **Bocholt**, 21. Januar.

Der Tätigkeitsbericht der Niederrheinischen Industrie- und Handelskammer Duisburg-Wesel für das Jahr 1930, dessen Erscheinen kürzlich angekündigt wurde, liegt nunmehr vor. Zusammen mit dem als Anhang beigegebenen Tätigkeitsbericht des Zweckverbandes der niederrheinischen Industrie- und Handelskammern (Duisburg-Wesel, Gladbach-Rheydt-Neuß, Krefeld), dessen Geschäftsführung bei der Kammer Duisburg-Wesel liegt, dürfte der Bericht geeignet sein, einen klaren Ueberblick über Wirken, Erfolge und Ziele der Kammer zu geben.

In einem einleitenden Abschnitt wird über die Organe und Einrichtungen der Kammer und die darin eingetretenen Veränderungen berichtet. Besonders hervorgehoben zu werden verdient die Neueinrichtung des **Branchenverzeichnisses** der im Bezirk vorhandenen handelsgerichtlich eingetragenen Firmen. Ein weiterer Abschnitt ist der Organisation der Wirtschaftsvertretungen gewidmet, in dem u. a. von der Stellungnahme der Kammer zum Entwurf eines preußischen Landwirtschaftskammergesetzes berichtet wird. Alsdann geht der Bericht dazu über, auf den einzelnen Arbeitsgebieten die wichtigsten, die Oeffentlichkeit interessierenden Fragen in knapper und übersichtlicher Art darzulegen. Aus ihnen sehen, ohne auf die mannigfaltigen Einzelheiten einzugehen, die bedeutsamsten herausgegriffen.

Der Abschnitt

Verkehrswesen

unterrichtet zunächst über die wesentlichen Arbeiten des **Verkehrsverbandes Nord-West-Niederrhein**, dessen Arbeitsgebiet Fahrplanfragen und vor allem die Werbung für den Niederrhein umfaßt.

Die Arbeiten auf dem Gebiet des **Eisenbahnverkehrs** nahmen wie immer einen weiten Raum in der Tätigkeit der Kammer ein. Neben größeren Fragen organisatorischer und tarifarischer Art ergab sich eine Fülle von Kleinarbeit für die einzelnen Zweige dieses Verkehrs. Dem Ziel der möglichst ökonomischen Ausgestaltung aller Verkehrsmittel und Verkehrswege diente die Mitwirkung bei der Aufstellung eines **Generalverkehrsplanes** für das rheinisch-westfälische Industriegebiet. Im Eisenbahnpersonenverkehr wurden die Wünsche des Kammerbezirks auf Ausgestaltung des durchgehenden Verkehrs, namentlich mit Berlin und Süddeutschland, auf Verbesserung der Eilzugsanschlüsse und Wiedereinlegung der ausgefallenen Eilzüge nachdrücklichst zur Geltung gebracht. Wo sich eine Möglichkeit zur Förderung von Verkehrserleichterungen bot, mothte es sich um Verbesserung des Berufsverkehrs, des Sonntags- und Ausflugsverkehrs, der Ferienreisen und der Schlafwagenbenutzung handeln, wurde sie von der Kammer gern benutzt. Die Fragen des Eisenbahngüterverkehrs, namentlich solche des Gütertarifs, wurden in der bisher bewährten Form der Behandlung in Arbeitsgemeinschaften, in denen die Kammer vertreten ist, und einzelnen Ausschüssen bearbeitet. Stark in den Vordergrund der öffentlichen Erörterungen trat im Jahre 1930 das Problem Eisenbahn und Kraftwagen. Im Rahmen ihrer Tätigkeit auf den Gebieten des Post-, Telegrafen- und Fernsprechverkehrs sah es die Kammer als ihre Pflicht an, die Reichspostverwaltung auf die Notwendigkeit einer **Gebührensenkung** im Post- und Fernsprechverkehr hinzuweisen. Zur Erleichterung des deutsch-niederländischen **Grenzverkehrs** wurde u. a. für eine Verbreiterung der beiderseitigen Grenzgebiete mit ausweisfreiem Verkehr eingetreten, ferner für die Möglichkeit der Ausstellung von Ausflugskarten zum einmaligen Besuch des Nachbarlandes mit mehrtägiger Gültigkeit durch die Ortspolizeibehörden und Grenzstellen. Einige Erleichterungen im Grenzverkehr sind auch erreicht worden.

Den Fragen der

Sozialpolitik

wandte die Kammer gleichfalls ihre volle Aufmerksamkeit zu. Bei aller grundsätzlichen Anerkennung, daß eine gesunde Sozialpolitik auch für das Gedeihen der Wirtschaft unentbehrlich ist, war doch aufs schärfste an sozialpolitischen Experimenten des letzten Jahres, die das rechte Augenmaß für die finanzielle Tragfähigkeit vermissen ließen, Kritik zu üben. Vorschläge machte die Kammer zur Aenderung der Krisenfürsorge sowie der Arbeitslosen- und Invalidenversicherung. Vor allem wurde die Einführung der Pflichtarbeit befürwortet. Auch im Jahre 1930 hatte die Kammer, die seit Jahren der Verfassungs- und Verwaltungsform ihr besonderes Augenmerk schenkte, Gelegenheit, sich mit diesen Fragen auseinanderzusetzen. Auf dem Gebiet der Einkommensteuerung spielte ein Antrag betr. die Aenderung des § 19 des Einkommensteuergesetzes zwecks Berücksichtigung des „eisernen Bestandes" eine wichtige Rolle. Kraft des ihr zustehenden Anhörungsrechts hat die Kammer auch in diesem Jahre — in verschiedenen Gemeinden mit Erfolg alles daran gesetzt, eine weitere Steigerung der Realsteuerzuschläge zu verhindern.

Die

Außenhandels- und Zollpolitik

verfolgte die Kammer mit erhöhter Aufmerksamkeit. Grund dafür lag umsomehr vor, als die Entwicklung des deutschen Zollwesens und die Vorschläge zur Aenderung der Handelspolitik, die aus dem agrarischen Lager kamen, wohl geeignet waren, Handel und Industrie mit ernster Sorge zu erfüllen. Auch hier können aus der Fülle der Arbeiten, die der Bericht wiedergibt, nur einzelne herausgegriffen werden, so die Maßnahmen zur Erleichterung der Zollabfertigung, die Stellungnahme zu der Aufhebung der zollfreien Einfuhr von Gefrierfleisch, die Begutachtung der zahlreichen Anträge auf Bewilligung eines zollfreien Veredelungsverkehrs. Alsdann weist der Bericht kurz auf die Außenhandelsstelle für den Niederrhein mit dem Sitz in Duisburg-Ruhrort (Handelskammer) hin, die aus der Zusammenfassung der Reichsnachrichtenstellen für Außenhandel Duisburg-Krefeld und M.-Gladbach entstanden ist.

Ein weiterer Abschnitt zeigt, mit welchen

Großhandelsfragen

sich die Kammer befaßte. Erwähnt seien daraus die Beschäftigung mit den gerade im Jahre 1930 so vielseitigen und umfänglichen Getreidehandelsfragen und dem Maismonopol.

Der Sorgen und Wünsche des

Einzelhandels

hatte sich die Kammer in diesem Jahre besonders anzunehmen. Im Hinblick auf den infolge der schweren Wirtschaftslage immer schärfer werdenden Wettbewerb trat das Schiedsgericht der Kammer in Sachen des unlauteren Wettbewerbs häufig zusammen und vermochte durch seine Entscheidung nicht unerheblich zur Klärung von oftmals verwickelten Fragen beizutragen. Das Problem der Werkskonsumanstalten bereitete der Kammer schwere Sorgen. Weiter hatte sich die Kammer mit der gesetzlichen Regelung des Zugabewesens, der Bestimmung der freien Sonntage und der Prüfung überaus zahlreicher Ausverkaufsanträge zu befassen.

Auf dem Gebiet der

Rechtsfragen

ist ein großer Teil der verschiedenen Probleme auf den Zweckverband übergegangen, der seinerseits die Kammer zur Berichterstattung und sachlichen Erledigung der Vorlagen heranzog. Da der Tätigkeitsbericht des Zweckverbandes näheres über Einzelheiten auf diesem Gebiete bringt, seien hier nur kurz genannt die Stellungnahme der Kammer zu Vorschlägen auf Neuregelung der Konkursordnung, die Ausarbeitung von Richtlinien für die Begutachtung und Bearbeitung von Vergleichsverfahren und die Beschäftigung mit der demnächst erforderlich werdenden Gesetzesänderung.

In einem abschließenden Kapitel wird von den Bemühungen der Kammer zur Vereinigung, Berichtigung und Vervollständigung des Handelsregisters gesprochen. Die Anregung, durch Kürzung des Textes die Kosten für Handelsregistereintragungen zu ermäßigen, fand bei den Landgerichtspräsidenten des Bezirks durchweg Beachtung. Erwähnt sei aus der dann folgenden Behandlung des Sachverständigenwesens, daß die Kammer der Frage der Bestellung und Vereidigung von Wirtschaftstreuhändern erhöhte Aufmerksamkeit zugewandt hat. Zum Schluß finden von der Kammer übernommene Erhebungen über die Zweckmäßigkeit einer Kalenderreform und über die Beschäftigung von Akademikern im Wirtschaftsleben Darstellung.

Kreuzbund.

t. **Bocholt**, 21. Januar. Morgen (Donnerstag), abends 8 Uhr, treffen wir uns im Kreuzbundsaal des Gesellenhauses. Unser „gemütliches Plauderstündchen" fällt aus. Dafür wird aber unser „Kasperle auszieben, das Fürchten zu lernen". Die Puppenbühne des Kreuzbundes wird uns auf vergrößerter Bühne einen wirklich feinen Abend bereiten. Freunde des Puppenspiels und solche, die unserem Verein beitreten wollen, sind herzlich willkommen.

Zentrumspartei des Amtes Liedern-Werth.

b. **Bocholt**, 21. Januar. Auf die heute (Mittwoch), nachm. 3,30 Uhr, im Arbeiterheim St. Paulus stattfindende Aussprachetagung der Zentrumspartei Liedern-Werth sei hiermit nochmals hingewiesen. Es werden sprechen Handwerkskammerpräsident und Reichstagsabgeordneter **Bielefeld** (Recklinghausen) über die letzten Geschehnisse in der Reichspolitik und Parteisekretär **van Dillen** (Recklinghausen) über den Nationalsozialismus. Der Vorstand erwartet eine recht zahlreiche Teilnahme seitens der Parteifreunde aus den einzelnen Gemeinden des Amtes Liedern-Werth.

b. **Dingden**, 21. Januar. **Zentrumsversammlung.** Es sei nochmals auf die heute (Mittwoch), abends 7 Uhr, in der Wirtschaft Kösters stattfindende Versammlung des Vorstandes und der Vertrauensleute aufmerksam gemacht. Es stehen wichtige Fragen zur Erörterung. U. a. spricht Parteisekretär **van Dillen** (Recklinghausen) über den Nationalsozialismus. Das Erscheinen aller Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute ist notwendig. Auch sonstige interessierte Zentrumsfreunde sind willkommen.

⚔ **Anholt**, 21. Januar. **Kath. Jünglingsverein.** Morgen (Donnerstag) ist abends 8,30 Uhr Jungmännerabend im Kanisiussaal. Unser Kassierer spricht dann über das Thema „Der bargeldlose Zahlungsverkehr". Da müssen alle Mitglieder zur Stelle sein. Vor allem unsere jungen Handwerker, Angestellte und Gewerbetreibende dürfen nicht fehlen.

Heraus mit ihm!

Der lästige Schleim sitzt wieder fest. Lösend wirken Fay's Sodener-Mineral Pastillen, ein natürliches Mittel.

b. **Altrhede**, 21. Januar. **Zentrumsversammlung.** Morgen (Donnerstag), abends 7 Uhr, findet im Kath. Vereinshause zu Rhede eine wichtige Zentrumsversammlung statt, zu der alle Wähler und Wählerinnen aus der Gemeinde Altrhede, aber auch aus dem ganzen Amtsbezirk Rhede eingeladen sind. Diese Versammlung ist deshalb besonders wichtig, weil Reichstagsabgeordneter Kaufmann **Weltzer** aus Buer Bericht erstatten wird über die letzten politischen Geschehnisse unter besonderer Berücksichtigung der Arbeit der Reichsregierung Brüning. Der Vorstand erwartet deshalb auch eine recht zahlreiche Teilnahme der Wähler und Wählerinnen.

Vom Niederrhein.

—d. **Isselburg**, 20. Jan. **Der Kath. Gesellenverein** führte am vergangenen Sonntag im Saale des Herrn August Nienhaus das Schauspiel „Die Tochter des Brandstifters" vor ausverkauftem Hause auf. Die Spieler entledigten sich ihrer Aufgabe in vortrefflicher Weise. Nach dem ersten Akt hielt der Senior des Vereins eine Ansprache. Er schilderte die Arbeit des Vereins im Dienste der Jugend. Dann gedachte er in ehrenden Worten Adolf Kolpings, des Gesellenvaters. Der Redner wies weiter auf die sozialen und politischen Verhältnisse hin, die zur Zeit Kolpings ähnlich verwirrend waren wie in heutiger Zeit. Unter den schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen habe die Jugend schwer zu leiden, die dadurch leider dem Radikalismus in die Arme getrieben werde. Erste Aufgabe des Staates und aller verantwortlichen Männer sei es daher, unserer Jugend wieder Arbeit zu beschaffen. — Die Mitglieder werden noch darauf aufmerksam gemacht, daß der Verein am kommenden Sonntag geschlossen an der Fachausstellung des Anholter Vereins teilnimmt. Der Abmarsch erfolgt um 10 Uhr vom Vereinshaus.

—d. **Isselburg**, 20. Jan. **Für Arbeitslose.** Infolge starker Zunahme der Arbeitslosen hat das Arbeitsamt die Kontroll- und Zahltage der Arbeitslosen vom 19. ds. Mts. ab wie folgt geändert: Kontrolle jeden Montag und Mittwoch von 8,45 bis 9,30 Uhr vormittags; Zahlung jeden Freitag für Arbeitslosenunterstützungsempfänger von 11.00 bis 11,30 Uhr, Saisonunterstützungsempfänger von 11.30 bis 11.45 Uhr und Krisenunterstützungsempfänger von 11.45—12,30 Uhr.

—d. **Isselburg**, 20. Jan. **Generalversammlung der Kriegsbeschädigten.** Am vergangenen Samstag hielt die Ortsgruppe Isselburg des Reichsverbandes deutscher Kriegsbeschädigter und Hinterbliebener im Lokale Fritz Borkes ihre Generalversammlung ab. Zunächst gedachte der Vorsitzende des verstorbenen Kameraden Hermann Nehring, dessen Andenken die Versammlung durch Erheben von den Sitzen ehrte. Dann erstattete der Kassierer den Kassenbericht. Nach Prüfung der Kasse durch die Kameraden Heinr. Dücke und Joh. Arntzen wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung war die Neuwahl des Vorstandes. Der 1. Vorsitzende Kamerad Karl **Peters** jun. wurde einstimmig wiedergewählt. Weiter wurden in den Vorstand gewählt: Kamerad Johann Carbanje (2. Vorsitzender), Kamerad Johann Arntzen (1. Schriftführer), Friedrich Schmits (2. Schriftführer), Hermann van Kronenberg (1. Kassierer), Heinrich Dücke (2. Kassierer) und Heinrich Hülsender (Beisitzer). Unter „Verschiedenes" wurde beschlossen, beim Sterbefall eines Mitgliedes einen Kranz zu spenden und von jedem Mitgliede einen Sterbegeldbeitrag von 20 Pfg. zu erheben. Die monatlichen Sprechstunden fallen von jetzt ab aus. Sämtliche Anträge sind an den 1. Schriftführer zu richten. An jedem ersten Sonntag im Monat findet eine Mitgliederversammlung statt, eine halbe Stunde vor deren Beginn eine Vorstandssitzung. Vom Vorstand wurde noch besonders gebeten, in Zukunft die Versammlungen zahlreicher zu besuchen, insbesondere ist die Beteiligung der Hinterbliebenen sehr erwünscht.

— **Hamminkeln**, 19. Januar. **Der Kriegerverein** hielt am Sonntag eine **Reichsgründungsfeier** ab. Am Denkmal der Gefallenen von 1870 gedachte Major Freiherr von **Gilsa** der Altveteranen und der Männer, die das Deutsche Reich vor 60 Jahren geschmiedet haben. Beim Hauptfestakt in der Friedenshalle hielt der 2. Vorsitzende, Hauptlehrer **Schippers** die Festrede, in der er die Bedeutung der Reichsgründung gebührend hervorhob. Gesangvorträge, Konzertstücke, Theateraufführungen und lebende Bilder umrahmten die Feier recht wirkungsvoll. Am Schluß des offiziellen Teils wurden die Kameraden Gerhard Teloh, Ernst Glücker, Wilhelm Schlebes, Heinrich Lutz und Johann Schneider, die 25 Jahre dem Verein angehören, durch Ueberreichung einer Auszeichnung geehrt. Mit einem Festball fand die Feier ihren Abschluß.

— **Brünen**, 21. Januar. **Der älteste Niederrheiner,** Johann **Bauhaus** von hier, wird heute 95 Jahre alt. Er hat vier Söhne, die sämtlich über 60 Jahre alt sind und von denen der älteste sogar 72 Jahre alt ist. Jedenfalls eine Familie, die aus knorrigem Holz geschnitten ist, verrichtet doch der 95jährige alltäglich kleinere Arbeiten im Hause. Auch verfolgt er noch mit größtem Eifer die Geschehnisse in der weiten Welt.

Turnen. Sport und Spiel.

Kraftsport- und Turnverein Bocholt e. V.

Der Verein hielt am letzten Sonntag seine diesjährige Generalversammlung ab, die gut besucht war. Mit Befriedigung konnte man auf das verflossene Geschäftsjahr zurückblicken. Wenn trotz der schlechten Wirtschaftslage die Kasse mit einem Ueberschuß abschließt, so zeugt das von einer guten Kassenführung des Herrn **Visser**. Daß die sportlichen Erfolge hinter den finanziellen nicht zurückstehen, davon zeugen die Preise, die errungen wurden. Sämtliche für den Verein offenen Wettkämpfe wurden besucht und meist mit großen Erfolgen verlassen. Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Johann Harbring, 2. Vorsitzender Aloys Messing, 1. Schriftführer Bernhard Ueffing, 1. Kassierer Gerhard Visser. Als Kassenprüfer wurden die Herren Benders und Stanick gewählt. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten erledigt waren, ermahnte der Vorsitzende die Anwesenden, auch im kommenden Jahre zusammen zu stehen, damit das 30. Stiftungsfest sich den vorangegangenen würdig anreihen könne. Mit einem kräftigen „Gut Heil!" auf den Verein wurde die Versammlung geschlossen.

R. W.



Ihr Geld ist sicher angelegt,
wenn Sie es regelmässig Ihrem Sparkonto zuführen!

Spargelder nehmen wir zu günstigen Zinssätzen an und bieten Sicherheit für alle Einlagen.

Gewerbebank Bocholt.



Deutsche DJK Jugendkraft

D. J. K. Dingden 1. M. — D. J. K. „Westfalia" Bocholt 1. M. 1:4.

Die erste Mannschaft der Jung-Westfalen folgte am letzten Sonntag einer Einladung der D. J. K. Dingden. Mit sehr gemischten Gefühlen traten die Bocholter ihre Reise an, da sie ersatzgeschwächt das letzte Meisterschaftsspiel der ersten Serie aufnehmen mußten. Pünktlich um 14,45 Uhr gab der Unparteiische das Leder frei. Zunächst spielen die Platzherren überlegen. Allmählich finden sich aber die Bocholter mit den Platzverhältnissen ab und können das Spiel offen gestalten. In der Mitte der ersten Halbzeit kommen die Gäste zum Führungstor, müssen sich aber einige Minuten später durch Selbsttor den Ausgleich gefallen lassen. Kurz vor der Pause können die Jung-Westfalen durch einen Elfmeter abermals die Führung an sich reißen. Nach Wiederanstoß spielen die Gäste leicht überlegen. In dieser Periode kommen die Bocholter zum dritten Tor und einige Zeit später, nachdem sie einen Elfmeter verschossen haben, stellen die Jung-Westfalen das Endresultat von 4:1 her. Damit hat sich die „weiße Elf" die zweite Stelle in der B-Klasse erkämpft. Sie konnten von den 7 ausgetragenen Pflichtspielen 5 gewinnen und 1 Spiel unentschieden gestalten. Nur der grünweißen Staffel aus Friedrichsfeld mußten sie sich mit 1:0 beugen. Das Torverhältnis lautet 15:14 und stellt sowohl der Hintermannschaft wie auch der Stürmerreihe das beste Zeugnis aus. Es wäre nur zu wünschen, daß auch die kommenden Spiele so fair ausgetragen werden wie die Spiele der ersten Serie.

Die erste Jugend der Jung-Westfalen hatte die zweite Jugend vom Spielverein Lowick zu Gast. Hier mußten die Jung-Westfalen eine verdiente 3:1-Niederlage hinnehmen. Zu berücksichtigen ist allerdings, daß die Platzherren nur mit 8 Spielern zur Stelle waren und den Kampf ersatzgeschwächt aufnehmen mußten. Die Schiedsrichter leiteten in beiden Spielen sehr gut.

Am Donnerstagabend haben die Spieler der Jugendmannschaft auf der Burg Sitzung. Beginn pünktlich 8,30 Uhr.

Rhede 1. — Sportfreunde Reserve 5:2 (3:1).

Am Sonntag standen sich am Jugendheim Sportfreunde Reserve und Rhede 1. Mannschaft im Gesellschaftsspiel gegenüber. Die Rheder gingen in diesem Spiel gar nicht aus sich heraus. Wir raten ihnen aber, es in den Punktespielen nicht so zu machen, sonst könnte man noch Ueberraschungen erleben. Die Rheder waren jederzeit überlegen. Mit 5:2 blieben sie Sieger.

Die Jugendmannschaften kehrten beide mit Niederlagen heim. Allerdings muß berücksichtigt werden, daß beide mit reichlich Ersatz spielten. Die 2. Jugend verlor gegen Sportfreunde 2. Jugend 1:2, die 1. Jugend blieb mit 0:2 im Hintertreffen. Hier wartete der Rheder Torwart mit glänzenden Leistungen auf.

Es wird an dieser Stelle noch besonders auf die heute (Mittwoch) abend stattfindende Generalversammlung hingewiesen. Wichtige Punkte (Vorstandswahl usw.) stehen auf der Tagesordnung. Es ist Pflicht und Ehrensache eines jeden Mitgliedes, zu erscheinen. g.

Eingesandt.

„Selbst ist der Mann!"

Ein Beispiel, das man nicht nachahmen soll.

× Bocholt, 21. Januar.

An der Augustastraße steht ein Haus. Was weiter nichts Besonderes ist. Sintemalen noch andere Häuser mehr oder weniger diese Straße zieren. Aber vor diesem Hause befindet sich ein Vorgarten, was schon eher etwas Besonderes ist, da er der einzige seiner Art an dieser Straße ist. Bis vor nicht langer Zeit dehnten sich noch andere Vorgärten in der Augustastraße aus, die jedoch alle im Interesse der Allgemeinheit nach und nach beseitigt wurden. Von diesem noch vorhandenen Vorgarten kann man sich offenbar deshalb nicht gut trennen, weil in ihm vorzüglicher Kohl und Blumen aller Art gedeihen, friedlich umhegt von einer Hecke und einem Drahtzaun. Wiederholt ist man seitens der Behörde an die Eigentümerin herangetreten, diesen Vorgarten, der ein nicht geringes Verkehrshindernis bildet und obendrein kaum zur Verschönerung der Augustastraße beitragen dürfte, beseitigen zu wollen. Doch vergebens! Bis nun in der Nacht zum Dienstag beherzte Burschen sich kurzerhand daran machten, besagten Drahtzaun wegzunehmen, im Schweiße ihres Angesichts den fetten Humusboden ausgerechnet vor der Haustür wie einen Hügel aufzutürmen und obendrauf besagten Kohl wieder einzupflanzen, auf daß er weiter wachsen, blühen und gedeihen möge. Alle diese Arbeiten mußten im Schutze der Dunkelheit verrichtet werden, da man vorher — der größeren Sicherheit wegen — der benachbarten Straßenlaterne ihr allzu helles Licht ausgeblasen hatte. Und als am andern Morgen die Besitzerin ihre Haustür öffnete, rollte ihr der künstliche Erdhügel mitsamt dem eingepflanzten Kohl entgegen, worüber sie nicht wenig erstaunt war, was aber die „freundlichen" Nachbarn umso mehr ergötzte. Während des ganzen Dienstagvormittags war die Affäre Gegenstand lebhafter Debatten in der Augustastraße und in den angrenzenden Straßen. Hoffentlich hat das „Ereignis" bald den erwünschten Erfolg, wenn eine derartige Selbsthilfe auch nicht zur Nachahmung empfohlen werden kann.

Mehrere Anwohner der Augustastraße.

Verantwortlich für den Textteil: Für Politik Chefredakteur Dr. Maser für Feuilleton Josef Hom, für Westdeutschland Fr. Schuhmacher für Handel und Sport Dr. iur. A. Henkel, sämtlich in Dortmund. Für Münster und das Münsterland Bernhard Kupitz, Münster i. W. Berliner Redaktion: Dr. Häfner, Berlin-Lichterfelde. Verlag: J. & A. Temming, Bocholt. Oertliche Schriftleitung Heinr. Schmitt, Bocholt für den örtlichen Anzeigenteil Heinz Hüser, Bocholt. Druck: „Zeno" G. m. b. H., Münster i. W.



Der Herr über Leben und Tod nahm heute morgen 7¼ Uhr meinen innigstgeliebten Mann, unsern guten, treusorgenden Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel, den

Haudereibesitzer

Wilhelm Kampshoff

nach einem arbeitsreichen Leben zu sich in die Ewigkeit. Er starb, wohlvorbereitet durch einen christlich-frommen Lebenswandel, versehen mit den hl. Sterbesakramenten, im Alter von 73 Jahren.

Um ein andächtiges Gebet für die Seele unseres lieben Verstorbenen und um stille Teilnahme bitten

die trauernden Hinterbliebenen.

Bocholt, Anholt, Suderwick, Stenern, Barlo, Düsseldorf-Hilden, den 20. Januar 1931.

Das hl. Seelenamt findet statt am Freitag morgen 8½ Uhr in der St. Georgiuskirche, danach die Beerdigung vom Sterbehause (Königstraße 11). aus, wozu freundlichst eingeladen wird. k335

Sollte jemand aus Versehen keine besondere Anzeige erhalten haben, bitten wir, diese als solche zu betrachten.

Danksagung.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme sowie für die schönen Kranzspenden beim Tode meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, sprechen wir allen Verwandten und Bekannten unsern

tiefgefühlten Dank

aus. k92

Frau Calixtus Wolbring nebst Kindern.

Husten Ihre Kinder?

Geben Sie ihnen **Opfermanns Thymental-Hustensaft,** der sofort bei Husten, Heiserkeit, Katarrh, Linderung verschafft und bei Keuchhusten Hervorragendes leistet.

Flasche 1.50 M.

Drogerie Maaß,

Osterstr. 22. Ruf 3328.

Großer

Holzverkauf in Vehlingen.

Am Montag, dem 26. Januar 1931, nachmittags 2 Uhr, kommen im Saale der Wirtschaft Benderbosch in Vehlingen zur Versteigerung

zirka 71	Parzellen	Kiefernstangen
„ 40	„	Fichtenstangen
„ 50	„	Eichenstangen
„ 20	„	Eichen- und Kiefernzopfholz

Das Holz eignet sich zu Gerüststangen, Sparren, Schleter und zum Einschneiden in Frechtpfähle und zu Brennholz. Es liegt in den Vehlinger Bergen, Wolfs und am Fußwege nach Isselburg. (304

Holzanzeiger: Parkwärter Schaffeld (Vehlingen).

Anholt, den 16. Januar 1931.

Fürstlich Salm-Salm'sche Verwaltung.

Anzeigenpreis für das 1spaltige Millimeter: 12 Pfg. (lokale Anzeigen 7,7 Pfg., Familienanzeigen 7,7 Pfg., Kleine Gelegenheits-Anzeigen 6,6 Pfg., behördliche Anzeigen, parteipolitische Anzeigen 10 Pfg. Bezugspreis: 2,55 Reichsmark, Einzelpreis 10 Pfg.

Zentrumspartei

Ortsgruppe Altrhede.

Am Donnerstag, dem 22. ds. Mts., abends 7½ Uhr, findet im Vereinshaus St. Josef eine

Versammlung

statt.

Tagesordnung

1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Weiser aus Buer, über die Geschehnisse der letzten Zeit.
2. Aussprache.

Zu dieser Versammlung sind alle Wähler und Wählerinnen d. Amtes Rhede herzlichst eingeladen. [333g

Der Vorstand

Schöne

Etagenwohnung

im Neubau, 4 Zimmer, 1 Mansarde, sof. beziehbar zuvermiet. Offerten erbeten unter Nr. 336 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Bei **Frostbeulen Furunkeln Keuchhusten**

bei Frostbeulen 5—6 Bestrahlungen, tägl. eine, bei Furunkeln sich. Heilung nach wenigen Bestrahlungen, bei Keuchhusten hören nach wenigen Bestrahlungen die Anfälle auf, besonders die unangenehmen nächtlichen, das Allgemeinbefinden wird gebessert. k97

Bestrahlungs-Institut Bocholt Osterstr. 55.

Achtung! Geschäftsleute!

Mit dem Reparieren Ihrer Waagen warten Sie, bis diese vom Eichamt als unzulässig befunden werden. — — —

Ich übernehme **Reparaturen sämtlicher Systeme** bei billigster Berechnung und bitte bei Bedarf um Berücksichtigung. k98

Hubert Peine

Kaiser-Wilhelm-Str. (früher Scholten), in der Nähe des Eichamtes.

Achtung!

Freitag, den 23. Januar, von morgens 7 Uhr an, verkaufe ich auf dem Hofe der Kaffeerösterei Impling

Ia. jg. Schweine

zu äußersten Preisen. f6622

Heinrich Artz, Spellen.

Fachmännische Steuerbearbeitung!

Durch die komplizierte Steuergesetzgebung findet sich der Laie nicht mehr durch.

Wer sich einerseits vor Ueberzahlungen, andererseits vor Strafen schützen will, vertraue die Erledigung seiner Steuerangelegenheiten einem Fachmann auf dem Gebiete des Steuerwesens an.

Heinrich Peiffer,

Steuerberater,

durch Verfügung des Herrn Präsidenten des Landesfinanzamtes Münster beim Finanzamt Borken zugelassen.

Friesenstraße 2 Fernsprecher 2137

Capitol-Theater

Unwiderruflich nur noch 2 Tage! Mittwoch und Donnerstag hören und sehen Sie Georg Alexander u. Mady Christians in der Sprech- und Tonfilmkomödie

MADY CHRISTIANS in der Tonfilm-Operette **Leutnant warst Du einst bei den Husaren**



MIT GEORG ALEXANDER GUSTAV DIESSL GRETL THEIMER MAX EHRLICH REGIE: MANFRED NOA

Ein lustiger musikalischer Sprech- und Tonfilm nach dem gleichnamigen Schlager von Robert Stolz.

Dieser Film birgt für Mady Christians eine ideale Rolle. Sie spielt diese Königin mit soviel liebenswürdiger Menschlichkeit, daß das Publikum entzückt ist.

In den weiteren Rollen dieser 10 lustigen Akte:

Gustav Dissl, Lotte Spira, Max Ehrlich, Hermann Picha, Paul Rehkopf u. a. m.

Im zweiten Film den verwegenen Cowboy-Darsteller und Allerweltskerl **Hoot Gibson** in

Der fliegende Teufel von Texas

In diesem Film erlebt Hoot Gibson die tollsten Sensationen und überrennt die unglaublichsten Hindernisse spielend und scherzend. Neben ihm zeigt Ruth Elders, die weltbekannte Ozeanfliegerin, ihre tollkühnen Künste.

8 Akte. 8 Akte. 8 Akte.

Dazu: **Felix, der Kater,** in dem Tonfilmlustspiel

Felix weiß sich immer zu helfen

und der Lehrfilm

Unser Schaf.

Nicht vergessen!

Morgen

Kinder-Mittwoch

Alles für unsere Kleinen ist im **Inv.-Ausverkauf** besonders ermäßigt worden.

Hermann Pottmeyer BOCHOLT-MARKT

Dietr. Kemink

MÖBEL Suderwick. Tel. 109 Isselburg.

Ausnahme-Angebot:

Schlafzimmer, echt Eiche, Qualitätsware, **650** M.
Eichen-Büfett, 1,60 m breit . . . . **250** „
Eichen-Speisezimmer, 1,80 m breit . . **625** „
Küchen in allen Größen sehr billig.

Herstellung von Möbeln nach jedem Entwurf.

Bruns Fleckwasser

entfernt Flecke aus Wolle, Seide, Leder usw. Tausendfach bewährt. Nur zu haben f6354

Drogerie Bruns, Nordstr. 22

Der große Erfolg der Pflanzenrohsäfte

bei Dr. Gerson und anderen Aerzten sollten jeden veranlassen, bei dem geringsten Unbehagen sich dieses **wundervollen Kurmittels zu bedienen.** Durch die Bereicherung des Blutes mit diesen Nähr- und Abwehrstoffen beugen Sie ernsten Erkrankungen vor. Es wirken gegen Entstehung von

Krebs / Zinnkraut komb. mit Schafgarben, Tomaten und Spinatsaft.
Tuberkulose / Zinnkraut mit Spitzwegerich und Möhrensaft.
Stuhlverstopfung / Zwiebel, Knoblauch, Brennessel.
Zuckerkrankheit / Wacholder, wechs. komb. mit Löwenzahn u. Meerrettich und Tomate, Zwiebel, Huflattich.
Arterienverkalkung / Knoblauch.
Für den Magen / Wermut u. Enzian.
Zur Blutreinigung / Brennesselsaft, Wacholdersaft.

Verwenden Sie nur die echte Marke Schoenenberger die unverdünnt, unkonserviert und naturrein.

Ausführliche Kurbroschüren über alle Saftwirkungen kostenfrei.

Drogerie u. Reformhaus Maaß Bocholt, Osterstr. 22, Ruf 3328.

Ia. Isolier-Dachpappe

teerfreie Pappe, Karbolineum u. Teer

empfiehlt f69

Johann Wilms, Kaiser-Friedrichstr.

Stärkewäsche

in gut. Ausführung liefert prompt und billig

Färberei E. Thomas,

Osterstr.

Nähmaschinen

liefere ich bedeutend billiger wie hausierende Agenten.

Reparaturen

fachgemäß sofort unter Garantie.

Heinr. Rose, Nobelstr.

Zirka 100 weiße

Leghorn

zu verkaufen, oder gegen eine **Kuh** oder **Rind** zu vertauschen. Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Auch in Herren-Konfektion

sind meine Preise während des Inventur-Ausverkaufs so billig wie nie zuvor.

Herren-Paletots und Ulster in nur guten Qualitäten von **25 Mk.** an

Herren-Lodenmäntel für 9 Mk.

Loden-Joppen (gefüttert) **10.50 Mk. Knaben-Anzüge 2.95 Mk.**

Auf Windjacken 25% Rabatt.

J. HOFFMANN, Anholt.

Holzwurm-Politur

garantiert sicher wirkend, auch zum Polieren und Reinigen aller Möbel.

Alleinverkauf für Bocholt:

MÖBELHAUS VOTH.

Anzeigen

im „Bocholter Volksblatt" haben

stets Erfolg!

Gummi-Stempel lief. prompt u. billig Druckerei Büssing, Bocholt Osterstr. 21 Stempelfabrikation u. Stempelfarben